Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 28 (1934)

Heft: 2

Artikel: Kundgebung der Religiös-sozialen Vereinigung der Schweiz zu den Vorgängen in Oesterreich

Autor: Religiös-Soziale Vereinigung der Schweiz

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-136543

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ehrlicher ist. Und wenn sie sogar, entgegen aller Wahrscheinlichkeit, gegen den *Faschismus* ginge: *auch den Faschismus wollen wir nicht mit dem Polizeiknüppel und -Knebel überwinden, sondern im freien Ringen des Geistes.* Gerade auch der Umstand, daß der 9. November diesem Gesetz zur Geburt verholfen hat, spricht *gegen* es. Denn es ist heute jedem, der die Wahrheit überhaupt sehen will, klar, daß die ganze Legende über den 9. November, auf der auch die neue Lex Häberlin ruht, eine Lügende war. Schon darum kann keiner, der diese Lügende durchschaut, für etwas stimmen, was auf ihr ruht, für etwas, was die Dämonen des 9. November vermehrt. Gerade der 9. November muß uns gegen die Lex Häberlin stimmen. Denn die Lage, die durch jene Ereignisse enthüllt worden ist, fordert wahrhaftig etwas anderes als — einen Maulkorb. Wenn wir ein *Gesetz* nötig hätten, das speziell darauf Rücksicht nähme — und dazu gehörte auch der Skandal der Banque de Genève und vieles derart! —, dann müßte es eines gegen die Willkür von *Behörden* und gegen die brutale Anmaßung unseres *Militarismus* sein und nicht eins gegen die Unterbindung der freien Rede und Kritik. Wenn man aber auf die Krawalle der letzten Zeit hinweist, auf Töß und anderes (aber bedeutsamerweise nicht auf Luzern) oder gar die Bankräuber-Affäre in Basel oder den Mord von Stäfa zur Empfehlung der Lex an den Haaren herbeizieht, dann sagen wir: Gerade um diese Dinge zu *verhindern,* diese Uebel an der *Wurzel* zu fassen, bedarf es *anderer* Mittel als eines Maulkorbes. Weg damit! Es muß auf *andere* Weise Ordnung — im tiefen, heiligen Sinne — werden. *Leonhard Ragaz.*

Kundgebung der Religiös-sozialen Vereinigung der Schweiz zu den Vorgängen in Oesterreich.

Die Religiös-soziale Vereinigung der Schweiz kann nicht anders als vor Gott und den Menschen ihren Schmerz und ihr Entsetzen über das Unerhörte, was in Oesterreich geschehen ist und weiter geschehen soll, auszusprechen. Es ist ein Verbrechen, wie die ganze Weltgeschichte deren nur wenige kennt. Eine Regierung, die vorgibt, die Unabhängigkeit des Volkes zu verteidigen, ist gegen einen Teil dieses Volkes, und zwar gerade die treueste und sicherste Stütze seiner Unabhängigkeit, mit allen modernsten Mitteln des Mordes und der Zerstörung vorgegangen, nur um damit die eigene Parteimacht zu vermehren, vielleicht auch auf Geheiß einer fremden Macht. Auf Grund genauer Kenntnis der Tatsachen wenden wir uns empört gegen die frevelhafte Verkehrung der Wahrheit, welche die Schuld an diesem Furchtbaren von den Tätern auf ihre Opfer abwälzen möchte. Gerade weil wir auch die Schwächen und Fehler der Führung der österreichischen Ar-

beiterſchaft nicht verkennen, fühlen wir uns um ſo mehr verpflichtet, feſtzuſtellen: Die öſterreichiſche Regierung hat den ſozialiſtiſchen Teil des Volkes jahrelang auf alle mögliche Art gequält und gereizt, hat ihn mit einem wahrhaft diaboliſch ausgedachten Syſtem zugleich zu erſticken und aufzuregen verſucht, hat dabei Recht und Verfaſſung mit Füßen getreten und hat dann, als er, nach langer Geduld und jedem nur möglichen Beweis des Verſtändigungswillens, ſich verzweifelt gegen die offen angedrohte Vernichtung erhob, mit ſchwerſter Artillerie und Gasgranaten in große, zur Mehrheit von Frauen und Kindern bewohnte Arbeiterſiedelungen, bewundernswerte Werke ſchöpferiſcher Fürſorge für die wirtſchaftlich Schwachen, ſchießen laſſen. Mehr als tauſend Opfer ſind gefallen, darunter viele Frauen und Kinder. Das Standrecht bedroht die, welche die Verfaſſung verteidigt, nicht die, welche ſie ſchmählich gebrochen haben, mit Gefängnis und Galgen. Fluch und Grauen haben ſich auf ein ganzes Volk geſenkt und das Höllenfeuer iſt entzündet, aus dem ein neuer Weltbrand aufflammen kann.

Wir klagen die Urheber dieſes unerhörten Verbrechens, die großen und die kleinen, die öſterreichiſchen und die auswärtigen, vor Gott und den Menſchen an und klagen nicht weniger diejenigen Mächte an, die untätig dieſem Frevel zugeſchaut haben, den ſie leicht hätten verhindern können. Wir erheben beſonders auch unſere Stimme im Namen des *chriſtlichen* Gewiſſens. Denn faſt das Furchtbarſte an dieſem Geſchehen iſt für uns, daß die daran Schuldigen ſich auf *Chriſtus* berufen und nun auf Lug und Trug, Blut und Terror den vielgeprieſenen „chriſtlichen Ständeſtaat" bauen wollen. Vor Gott und den Menſchen erklären wir dieſes Verhalten als Läſterung des Namens Chriſti. Und wir klagen auch eine *Kirche* an, die ſolche Dinge, trotzdem ſie dazu die Macht gehabt hätte, nicht verhindert, wenn nicht gar begünſtigt hat. Wir ſprechen ihr, geſtützt auf das Neue Teſtament, das Recht ab, ſich nach einem ſolchen Verhalten noch eine Kirche Chriſti zu nennen, eine Kirche deſſen, der als Weltrichter ſpricht: „Wahrlich, ich ſage euch, was ihr getan habt einem unter dieſen meinen geringſten Brüdern, das habt ihr mir getan."

Wir bitten die ſozialiſtiſche Arbeiterſchaft, aus der Tragödie des öſterreichiſchen Sozialismus die richtigen Folgerungen zu ziehen. Jenen heldenhaften Arbeitern Oeſterreichs, den toten und den lebenden, die lieber ſterben und äußerlich untergehen wollten, als ſich das Gut des Sozialismus und der Freiheit ohne Widerſtand rauben zu laſſen, entbieten auch wir, die wir ſelbſt Waffengewalt grundſätzlich ablehnen, den Gruß unſerer Ehrfurcht und Liebe. Denn ſie haben ſo gehandelt, wie ſie nach ihrem Glauben mußten und damit ein Beiſpiel der Treue gegen die eigene Ueberzeugung gegeben, das in einer Zeit der ſeeliſchen Ermattung und der Verdunkelung aller wahrhaft menſchlichen Werte wie ein Flammenzeichen wirkt, das zum Erwachen

mahnt. Dieſes Beiſpiel wird die Sozialiſten der noch nicht geknechteten Länder gewaltig anfeuern und ſie mahnen, ihre Sache mit der gleichen Tapferkeit und Treue und mit der gleichen Hingabe bis in den Tod zu verteidigen. Dann wird dieſe Sache nicht untergehen, ſondern nach einer Zeit der Bedrängnis mit neuer Siegeskraft aufſteigen. Aber wir warnen in treueſter Geſinnung und in höchſtem Ernſte davor, von der *Gewalt* die Rettung zu erwarten; die Rettung kommt nur aus Glauben und Treue, aus echter und reiner Verkörperung der höchſten Wahrheit des Sozialismus. In der Offenbarung der Kraft *dieſer* Mächte, nicht in ihren heldenhaften Waffentaten an ſich, beſteht das leuchtend Große, das uns die öſterreichiſchen Arbeiter gezeigt haben.

Wenn wir dieſe Forderung an die Arbeiterſchaft richten, uns ihrer Schwere voll bewußt, ſo können wir nicht anders, als unſer Entſetzen über die Haltung auszuſprechen, die der Großteil unſerer bürgerlichen Preſſe — es gibt gottlob einige edle Ausnahmen — den öſterreichiſchen Vorgängen gegenüber einnimmt. Eine ſolche Preſſe bringt es fertig, dieſen Geſchehniſſen mit Genugtuung, ja zum Teil mit höhniſcher Freude, zu begegnen, nur weil ſie ſcheinbar einen vernichtenden Schlag gegen die Sozialdemokratie bedeuten. Der Geiſt des wilden Haſſes, den eine ſolche Haltung verrät, läßt auch für unſer Land das Allerſchlimmſte fürchten. Wenn man dazu bedenkt, daß das Aufgehen Oeſterreichs in das nationalſozialiſtiſche Deutſchland durch dieſe Ereigniſſe erleichtert und damit die Exiſtenz einer unabhängigen Schweiz tödlich bedroht wird, ſo wirft dieſe Haltung auch ein bezeichnendes Licht auf die vielberufene „vaterländiſche Geſinnung" gewiſſer Kreiſe. Wir fragen diejenigen bürgerlichen und bäuerlichen Schichten unſeres Volkes, die noch nicht von Parteileidenſchaft völlig verblendet ſind, ob ſie mit dieſer Haltung ihrer Preſſe und Führerſchaft einverſtanden ſind? Ob ſie ſich bewußt ſind, wohin das führt? Könnten die öſterreichiſchen Ereigniſſe nicht auch für die nicht-ſozialiſtiſche Schweiz eine gewaltige Mahnung ſein? Sollte nicht Schmerz und Entſetzen die Empfindung ſein, die im Angeſicht derſelben alle Schweizer ohne Ausnahme erfüllen müßte? Sollten ſie nicht in uns allen den heiligen Entſchluß wecken, jeder Entwicklung, die auch uns ſo weit führen könnte, rechtzeitig mit äußerſtem Ernſt entgegenzutreten? Bedenket es — ihr ſeid gewarnt!

Wir fordern aber auch alle andern Menſchen in der ganzen Welt, die noch Recht und Wahrheit, Freiheit und Menſchlichkeit lieben, auf, den Kampf, den die öſterreichiſchen Arbeiter geführt haben, nicht als *verloren* zu betrachten. Er muß, mit andern Mitteln, fortgeführt werden. Die Unterlegenen müſſen jede Art von Hilfe erfahren. Oeſterreichs Unabhängigkeit iſt erſt recht mit äußerſter Kraft zu verteidigen. Eine allgemeine Amneſtie und die ſofortige Aufhebung des Standrechtes ſind zu fordern. Es muß vor allem auch verlangt und durchgeſetzt werden, daß in Oeſterreich ſelbſt verfaſſungsmäßige Zuſtände und die demokratiſchen Grundrechte wiederhergeſtellt und verbürgt werden.

Wir fragen die nordiſchen Völker, fragen die Tſchechoſlowakei, Holland und Belgien, fragen beſonders das Volk von Amerika, England und Spanien, ob wir es vor Gott und den Menſchen verantworten können, tatenlos einer ſo ungeheuerlichen internationalen Schandtat zuzuſchauen? Wir fragen, ob wir dadurch nicht Gericht auf uns herabziehen würden? Wir fragen den Völkerbund, ob er nicht ſich ſelbſt ſchändet und endgültig ruiniert, wenn er zu Dingen, die den von ihm verkündigten Grundwahrheiten hohnſprechen, ſchweigt? Wir rufen alle Freien und Tapfern der ganzen Welt, Frauen wie Männer, Alte wie Junge auf, über alles ſie Trennende hinweg, das gegenüber der heutigen Lage mit jedem Tag unweſentlicher wird, ſich als eine große, heilige Kampfgemeinſchaft gegen die nun in einer Reihe von Völkern geſchehene und in andern drohende Vernichtung der Freiheit und Menſchlichkeit und gegen die dadurch furchtbar nahe gerückte Gefahr eines neuen Weltkrieges zuſammenzuſchließen. Der Sieg hängt nur von unſerem Mut und unſerer Treue ab.

Das Blut, das in ganz Oeſterreich und beſonders in Wien geſtrömt iſt, darf nicht umſonſt gefloſſen ſein. Es ſoll eine Saat der Freiheit und des Friedens, der Gerechtigkeit und Menſchlichkeit ſein; es ſoll ein Zeichen werden für eine allgemeine Erhebung der Kräfte des wahrhaften Menſchentums wie des wahrhaften Chriſtusgeiſtes, die, wo ſie echt ſind, immer zuſammengehören.

Zur Weltlage

Ich ſetze mich zur Abfaſſung dieſer Ueberſicht über die Weltlage nieder unter dem losgebrochenen Donner der Wetter, die um die Jahreswende noch ſchwarz am Himmel hingen. Denn ſoeben habe ich die furchtbaren neueſten Berichte aus Oeſterreich geleſen. Aber beginnen wir nicht damit, ſondern mit dem Anlaß dieſes Ausbruches; das ſind

Die franzöſiſchen Ereigniſſe.

Denn ſeit langem zum erſtenmal iſt die Lage ſo, daß wir nicht genötigt ſind, mit Hitler-Deutſchland zu beginnen, ſondern anderswo anſetzen müſſen.

Die Vorgänge in Frankreich, die ſich, wie immer, in *Paris* konzentrieren, ſind bekanntlich durch die *Staviſky-Affäre* ausgelöſt worden. Dieſe hat einen immer größeren Umfang angenommen und iſt dann noch durch eine neue, die Affäre der Banque de l'Union des fonctionaires, einer Bank, worin die Gelder zahlloſer kleiner Beamten und Angeſtellten niedergelegt waren, vermehrt worden. Ihr Direktor *Alexandre* hat weitere 200 Millionen franzöſiſcher Franken veruntreut. Das Miniſterium Chautemps iſt über dieſen ſchlimmen Geſchichten ge-